Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nummer 5382 des amtlichen Zeitungs-Verzeichnisses.

Für die Redaktion verantwortlich J. V.: Albert Herling in Halle.

[Fernsprechverbindung mit Berlin und Leipzig.] Anschluß-Nr. 176.

Saale-Zeitung.
(Der Bote für das Saalthal.)

Fünfundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Zeile 60 Pfg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.

[Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nur mit voller Quellenangabe gestattet.]

Nr. 60. **Halle a. d. Saale, Donnerstag den 12. März** **1891.**

Die Wendung der Dinge in Oesterreich.

Die österreichischen Reichsrathswahlen sind noch nicht zu Ende geführt; von 353 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses sind bisher 319 gewählt. Dennoch aber kann das Ergebniß der Wahlen schon jetzt als entschieden gelten und es lohnt sich wohl, die Wendung, welches dieses Wahlergebniß bedeutet, sich klar zu machen.

Das ganze Interesse der Deutschen innerhalb wie außerhalb der schwarz-gelben Grenzpfähle concentrirt sich natürlich auf das Schicksal der deutsch-liberalen Partei, „denn in ihrem Lager ist Oesterreich," um Grillparzers berühmtes Wort zeitgemäß umzugestalten. Aber in Oesterreich und vor allem in dem Oesterreich von heute pflegen die Dinge niemals einfach, sondern immer äußerst verwickelt zu sein. Ein direkter großer Erfolg der Deutschliberalen wurde kaum von jemand erwartet und wenn ihn jemand erwartet hätte, so sähe er sich grausam enttäuscht. Man spricht ja in liberalen Kreisen mit Befriedigung davon, daß die deutsche Linke nahezu oder vollständig in der früheren Stärke in das Parlament einziehen werde, aber das ist doch ein magerer Trost, vor allem, wenn man erwägt, wo sie Niederlagen erlitten hat und gegen was für Leute. Daß in Wien, dem Mittelpunkt und der Hochburg des österreichischen Freisinns, die Antisemiten, die Angehörigen einer Partei, welche abgefallen ist von den großen Prinzipien der Gerechtigkeit und Humanität und mittelalterlichen Glaubens- und Stammeshaß predigt, sieben Sitze erobern konnte, das ist ein Zeichen der Zeit, wie es kaum trauriger gedacht werden kann. Wie viele von diesen Sitzen den Liberalen, wie viele den Demokraten entrissen worden sind, das macht wenig aus. Jedenfalls ist es niederdrückend, daß die liberale Partei auf ihrem Mutterboden immer mehr zurückgedrängt werden kann, um der kulturfeindlichsten der Parteien Platz zu machen, und das nach elf Jahren eines ehrlichen Kampfes für die Grundsätze, auf welchen Oesterreichs Macht und seine Wohlfahrt beruht.

Wenn dennoch diese Wahl von den Deutschen mit Genugthuung begrüßt werden kann, so ist das gerade deshalb der Fall, weil die extremsten Gegner der Liberalen einen Sieg erfochten haben: die Jungtschechen. Die Altschechen sind ihren fanatischen jüngeren Brüdern erlegen, und wenn Mähren nicht wäre, so würden sie fast hinweggefegt sein aus dem Reichsrathe. Ein Mitarbeiter der münchener „Allgemeinen Zeitung" behauptet mit Pathos, sie seien das Opfer ihrer eigenen Schwächen und Sünden geworden, deren größte ihr Treubruch gegenüber dem großen Friedenswerke in Böhmen gewesen sei. Das heißt das Walten einer Weltvernunft und ihrer Gerechtigkeit mit idealischer Willkür den Dingen aufdrängen. Das Jungtschechenthum hat sich nach demselben Naturgesetze aus dem Altschechenthum entwickelt wie einst das Jakobinerthum aus jener gemäßigten Richtung, deren Vertreter dann als Girondisten zugrunde gingen, und nach demselben Naturgesetz hat es dann auch die Oberhand bekommen. Daß die Altschechen sich überhaupt auf den Ausgleich einließen, das wurde ihnen bei einer Bevölkerung zum Verbrechen gemacht, welche von ihnen selbst viele Jahre hindurch gegen das Deutschthum aufgehetzt ward. Die Jungtschechen erschienen als die Konsequenteren, deshalb wandte sich das tschechische Volk ihnen zu. Das feige und unehrliche Zurückweichen der Genossen Riegers hat nur das bewirkt, daß sie mit Schanden gefallen sind.

Aber der Sieg der extremen tschechischen Partei ist für die ganze Gruppe, der sie angehören, ein Unglück, denn er bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß es nun unmöglich geworden ist, die alte Majorität, welche sich bis vor kurzem mit dem Ministerium Taaffe gegenseitig gestützt hat, wieder herzustellen. Die Klerikalen können nicht mit den Neuhussiten, die Feudalen nicht mit den Demokraten zusammengehen, und die Polen nicht mit denen, welche ihre Feindschaft gegen das feine Polen schützende Oesterreich zur Schau tragen. Der so oft genietete „eiserne Reif" ist nun zerbrochen und wird als altes Eisen in die Ecke geworfen.

Man kann nicht zweifeln, daß Graf Taaffe ganz zufrieden damit ist, daß es so gekommen. Die Einleitung des böhmischen Ausgleiches, die Auflösung des Abgeordnetenhauses, in welchem jene Mehrheit bestand, und die Hinausdrängung des reaktionären Dunajewski wiesen schon darauf hin, daß es ihm unheimlich geworden war, in Oesterreich gegen die Deutschen zu regieren. Jetzt wird er eine Majorität aus den Deutschliberalen, den Polen, den Coroninileuten und andern Mittelparteiern zu bilden versuchen, denen sich auch die klerikal angehauchten Deutschnationalen und die Antisemiten, Ruthenen usw. in freierer Weise anschließen können. Die Frage ist nur, ob die Deutschliberalen den Kern einer Mehrheit für Taaffe bilden können. „Gesinnungsvoller," was man oft so nennen hört, wäre es ja, wenn sie „unentwegt" weiter opponirten und auf den Sturz des so wenig charaktervollen Ministers hinarbeiteten, um, als Sieger selbst an das Steuer des Staates heranzutreten. Aber was würde mit einer solchen Politik erreicht werden? Als die Liberalen einst in der Majorität waren, haben sie sich durch ihre starre, großer politischer Gesichtspunkte entbehrende Opposition in die Minorität hinuntergebracht und das Ministerium Taaffe geradezu heraufbeschworen. Sie haben ihre Haltung von damals nun elf Jahre büßen müssen und sind klug geworden. Sie werden die stärkste von den Parteien sein, auf welche sich das Ministerium stützen muß, und dieses Ministerium ist den Parteien, die es aufrecht hielten, allzeit in großem Umfang zu Willen gewesen. So binden sie die Regierung, wenn sie dieselbe unterstützen, und können nicht in die Lage kommen, ihre Grundsätze verleugnen zu müssen. Halten sie sich aber grollend abseits, so laufen sie Gefahr, einen neuen Rückschlag, einen Rückfall Oesterreichs in die Hände einer slavisch-feudalklerikalen Mehrheit zu verschulden, und wer weiß, wann dann die Stunde wiederkommen würde, welche ihnen das einmal Abgeschlagene zurückbrächte?

Deutsches Reich.

* **Berlin,** 10. März. Der Kaiser hörte heute vormittag Vorträge, arbeitete mit dem Chef des Militärkabinets General-Adjutanten v. Hahnke und nahm später militärische Meldungen entgegen. Nachmittags fand bei den Majestäten zu Feier des Geburtstages des Kaisers von Rußland Tafel statt, an welcher mit der Umgebung der Majestäten auch der Botschaftsrath bei der hiesigen russischen Botschaft, Graf v. Murawieff, welcher den Botschafter Grafen Schuwaloff während seiner gegenwärtigen Beurlaubung vertritt, sowie der russische Militärbevollmächtigte Generalmajor Graf Golenitscheff-Kutusoff theilnahmen. — Aus London wird uns gemeldet: Es steht jetzt fest, daß der deutsche Kaiser zehn Tage am Anfang des Juli in England verweilen wird. Se. Maj. wird theils in Windsor, theils in London wohnen und u. a. an der auf den 7. Juli festgesetzten Hochzeit des Prinzen Aribert von Anhalt und der Prinzessin Viktoria von Schleswig-Holstein theilnehmen. Ehe sich der Kaiser auf seiner Yacht in Portsmouth wieder einschifft, wird er einige Stunden beim Herzog und der Herzogin von Connaught zubringen. Die City wird dem Kaiser ihre altbewährte Gastlichkeit zeigen. — Nach einer Meldung aus London wird die Kaiserin Friedrich die Königin von England, deren Abreise auf den 23. März festgesetzt ist, nicht nach der Riviera begleiten, sondern etwa am 18. März ihren Besuch in Schloß Windsor abschließen und dann die Rückreise nach Deutschland antreten. — Aus Braunschweig wird gemeldet, daß der Prinzregent morgen nach Erbach im Rheingau abreist und sich von da am 14. d. zu einem sechswöchigen Kurgebrauch nach Baden-Baden begiebt. — Der König von Griechenland wird Mitte nächsten Monats in Berlin eintreffen, um hier einige Tage zu verbleiben. Der König berührt Berlin auf der Durchreise nach Kopenhagen. Von der dänischen Hauptstadt, woselbst er einen längeren Aufenthalt nimmt, wird er sich nach Wiesbaden begeben, um, wie schon verschiedene Male, hier eine 4wöchige Kur zu gebrauchen. Nach Beendigung derselben wird der König gemeinsam mit seiner inzwischen in Deutschland eingetroffenen Familie mit Ausnahme des Kronprinzlichen Paares, welches durch die Regentschaft des Kronprinzen in Athen festgehalten wird, aufs neue nach Kopenhagen zurückkehren, um die bekannte Familienvereinigung im Schloß Fredensborg während des Sommers zu genießen.

Ueber den Stand der Tarifverhandlungen mit Oesterreich-Ungarn waren in den letzten Tagen Nachrichten verbreitet worden, die allgemein beunruhigen mußten und thatsächlich diesen vielleicht beabsichtigten Effekt erzielt haben. Ein kritischer Moment sollte eingetreten sein; die deutschen Unterhändler, so hieß es, wären mit neuen Instruktionen nach Wien zurückgekehrt, beauftragt, weniger zu bieten und mehr zu fordern. Diese Meldungen, die in der schroffen Ablehr des Herrn v. Caprivi von dem „Fortschritt" ihren Rückhalt fanden, wurden noch unterstützt durch das von der Wiener Handelskammer geäußerte Verlangen nach Differentialzöllen zu Gunsten Oesterreichs. Es ist unwahr, daß diese Mittheilungen auf die dem Fürsten Bismarck nahestehende Presse beschränkt blieben; auch entschieden liberale Blätter haben sich zum Mundstück dieser Befürchtungen gemacht, während man sich im Lager der Schutzzöllner bereits die Hände rieb und — einstweilen nur halblaut — versicherte, mit der Ermäßigung der Lebensmittelzölle sei es wieder einmal nichts. Höchstens werde eine Herabsetzung von 5 auf 4½ M. Zoll für den Doppelcentner Getreide erfolgen und damit könnte denn allerdings selbst der „verrückteste Agrarier" noch immer zufrieden sein. Nach den neuesten Meldungen aber, die aus dem an den Getreidezöllen am meisten interessirten Ungarn kommen, scheint man sich auf beiden Seiten umsonst aufgeregt zu haben. Von einer Krisis in den Verhandlungen soll in Pest nichts bekannt sein, vielmehr sollten die Verhandlungen am 11. März in Wien wieder aufgenommen werden, um dann ohne Unterbrechung zu Ende geführt zu werden. Und der halboffizielle „Nemzet" sieht einem für beide Theile ersprießlichen Ergebniß entgegen, weil von keiner Seite die Nothwendigkeit übersehen werde, Opfer zu bringen. Dem gegenüber fallen die Auslassungen anderer ungarischer Blätter, die sich weniger optimistisch äußern, kaum ins Gewicht. Die Verhandlungen haben anfangs Dezember begonnen und es ist anzunehmen, daß sie nach dreimonatlichem Verlauf nunmehr bald zum Abschluß kommen. Die Ungeduld, mit der man in Deutschland diesem Abschluß entgegensieht, ist begreiflich, denn es handelt sich hier um eine grundsätzliche Regelung der zukünftigen Zollpolitik. Der dichte Nebel, der sich über diesen wichtigsten Theil der Wirthschaftspolitik gebreitet hat, muß dann endlich der Klarheit weichen. Zweierlei nur scheint uns möglich. Entweder die deutsche Regierung entschließt sich zu einer — vermuthlich einstweilen geringen — Herabsetzung der Lebensmittelzölle, dann wird sie auf die parlamentarische Unterstützung der äußersten Linken — Freisinn, Volkspartei, Sozialdemokraten — angewiesen sein und sie wird diese Zustimmung selbst für einen Getreidezoll von 4 M. aller Voraussicht nach finden. Oder die deutsche Regierung giebt dem agrarischen Ansturm nach und führt differentielle Getreidezölle ein, die sie dann nur gegen die vorhin genannten Parteien durchsetzen kann, für den Fall, daß sie der Unterstützung der konservativen und klerikalen Großgrundbesitzer sicher ist. Eine dritte Möglichkeit scheint uns nicht gegeben, es müßte denn ein ganz bedeutungsloser Handelsvertrag von lediglich dekorativer Wirkung

---

Vor zwanzig Jahren in Paris.

Kriegserinnerungen von Arnold Wellmer.

II.

Blankenburg a. H., 3. März.

Während der glänzenden Parade vor Kaiser Wilhelm am 1. März 1871 auf dem Rasen von Longchamp hatte sich kein Pariser blicken lassen. Auch bei unserem Einmarsch durch das Boulogner Hölzchen — vorüber an dem stillen öden Jardin d'Acclimation, dessen kostbare Elephanten und Kameele, Lama's und Angoraziegen, Gazellen des Libanon und Prairie-Büffel Amerika's während des langen traurigen Hunger-Winters bis auf den letzten Rüssel und letzten Schwanz aufgegessen waren, blieb alles friedlich still. Das Boulogner Waldchen fand ich weniger entholzt, als ich nach dem umgewöhnlich harten Winter erwartet hatte.

Die einziehenden 30,000 Mann marschirten mit klingendem Spiel auf drei verschiedenen Wegen: das 11. Corps über die Place d'Eylau nach dem Trocadéro und der Place du Roi de Rome, wo sie zum Theil biwakirten. An der Spitze der 22. Division, die unter Führung des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin in den grausigen Schlachten an der Loire so wildmuthig gekämpft und so traurig geblutet hatte, ritt der Großherzog — der einzige Fürst, dem auf seine Bitte der Kaiser erlaubt hatte, den Einzug dienstlich mitzumachen.

Die Baiern und die Schlesier schwenkten neben der romantischen, ganz mit Epheu überwucherten Mühle des Bois de Boulogne in zwei neben einander herlaufende breite Waldwege ab — und mit Musik und Gesang und jubelndem Hurrah ging's im lachenden Sonnenschein und Frühlingsduft auf den Triumphbogen zu, den wir von den Höhen von St. Cloud und Meudon so oft hatten blinken und winken sehen.

Als ich gegen 2 Uhr mit den Schlesiern an der Enceinte — diesem Erdwall, den viel tausend Hände während der Belagerung noch schnell vor der eigentlichen Stadtmauer um ganz Paris herum aufgeworfen und mit Kanonen, spitzen Pfählen, eisernen Eggen und Glasscherben garnirt hatten — anlangte, sollte ich sehen, daß Paris doch nicht ganz darauf verzichtet hatte, sich den deutschen Siegern in voller Gloire zu zeigen. Da hockten auf den Erdhaufen einige Dutzend finsterer Blousenmänner und schlumpiger Weiber, abgezehrt und verlottert, Bilder der Noth, des Hungers und aller Leiden einer fünfmonatlichen Belagerung und eines mehrwöchentlichen nervenzerrüttenden Bombardements Tag und Nacht — Tag und Nacht . . . Sie schauten stumm — stumpfsinnig auf die jubelnden Sieger nieder, fast regungslos . . . Nur ein halb Hundert Gamins — diese berüchtigten pariser Straßenjungen, die in ihrer Zerlumptheit und Ungewaschenheit bedenklich anders aussahen, als ihr hübscher, lustiger Namensvetter, der Titelheld des bekannten Stücks, eine beliebte Hosenrolle unserer Naiven und Soubretten — diese Gamins sprangen herausfordernd von den Wällen nieder und neben den Soldaten her — steckten beide Zeigefinger in die breiten Mäuler und übertönten mit ihren gellenden Pfiffen fast den „Pariser Einzugsmarsch." Dann schrien und zeterten sie den Soldaten keck ins Gesicht: „A bas les Prussiens! — à la lanterne! — à la Seine! — Revanche! A Berlin! Vive la France! Vive la république!" — und machten ihnen die verständlichsten Pantominen des Hängens — Köpfens und Erschießens! — Unsere Schlesier lachten gutmüthig dazu — nur wenn ein Bursche gar zu frech wurde und durch die Reihen laufen wollte, wurde er mit einem Katzenkopf zurückgeworfen.

Die Häuser an der Avenue de la grande Armée waren geschlossen, alle Fenster von unten bis oben verhängt. Aber die Vorhänge bewegten sich und neugierige Gesichter schauten dahinter auf den verhaßten Sieger nieder . . .

Ah! l'Arc de Triomphe! — den schon der erste Napoleon für seine Siegeseinzüge begonnen — aber erst Louis Philipp mit 9 Millionen vollendet hatte. Erst der dritte Napoleon hat hier nach Sebastopol und Solferino prunkvolle Siegeseinzüge gehalten.

Warum die deutschen Sieger darauf verzichteten: durch dies berühmte pariser Siegesthor in Paris einzuziehen — wie wir alle das doch für ganz selbstverständlich gehalten hatten?

Die Pariser hatten unter dem Triumphbogen das Pflaster aufgerissen — Erdwälle aufgeworfen — Barrikaden erbaut — eiserne Ketten gezogen — kurz, das Passiren durch den Bogen für Pferde- und Menschenbeine unmöglich gemacht. Das hätte sich aber in einer Stunde bequem ändern lassen — und General v. Kamecke, der spätere preußische Kriegsminister, war als „Platzkommandant" bereits seit fünf Stunden mit 3000 Soldaten in Paris anwesend, um den Siegeseinzug vorzubereiten und für die Sieger Quartier zu machen. General v. Kamecke hätte nun entweder den Kommandanten von Paris, General de Vinoy veranlassen können, die Hindernisse unter dem Triumphbogen schleunigst beseitigen zu lassen, — oder, was noch einfacher gewesen: er hätte ein Dutzend seiner eigenen Pioniere mit Spaten und Aexten dazu kommandirt.

Unterblieb das aus Großmuth? Bescheidenheit? Sorglosigkeit?

General v. Kamecke und alle einziehenden Truppen hatten aus Versailles den strengsten Befehl mitgebracht: sorgfältig alles zu vermeiden, was die Pariser kränken und reizen könne. Ausschreitungen, Reibungen, Prügeleien und noch Schlimmeres würden strenge bestraft werden.

Jede Großmuth der Sieger ist ja sehr schön und ruhmvoll. Aber sie darf nicht zu weit gehen — nicht in Schwäche ausarten. Denn dann hat sie die schimpflichen Folgen sich selber zuzuschreiben. Und daß wir den Blousenmännern, Weiberhyänen und Straßenjungen von Paris an jenen drei Siegestagen vor 20 Jahren zu viel Freiheiten einräumten und eine zu lammfromme Geduld entgegenbrachten — das hat sich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18910312016/fragment/page=0001

zustande kommen, der nach den langgedehnten Verhandlungen auf allen Seiten Enttäuschung und Unbehagen hervorrufen würde. Macht man sich diese Situation vorurtheilslos und unbefangen klar, dann wird man den von Tag zu Tag wechselnden Stimmungsbildern aus Wien und Pest einige kühle Skepsis entgegensetzen. Jede wirkliche Tarifermäßigung wird von uns dankbar begrüßt werden; die Einführung von Differentialzöllen aber würden wir für einen wirthschaftspolitischen Fehler schwerster Art halten müssen, selbst wenn die Spitze sich nur gegen Rußland wenden sollte. Wir haben in diesen Wochen oft genug darauf hingewiesen, daß ein Zollkrieg mit Rußland nicht nur das hauptsächlichste Volksernährungsmittel, den Roggen, auf seiner jetzigen Preishöhe lassen, sondern auch den ostpreußischen Handelsverkehr einfach lahm legen und uns in eine Repressalienpolitik verwickeln würde, die nicht dem Geist eines Jahrhunderts entspricht, das — nach dem bekannten Wort des Kaisers, „unter dem Zeichen des Verkehrs" steht.

Man schreibt uns aus Berlin: Ein hiesiger Reporter, welcher vorgiebt, aus einer der russischen Botschaft nahe stehenden Quelle zu schöpfen, behauptet augenscheinlich aufs Gerathewohl, Graf Schuwaloff denke gar nicht daran zurückzutreten. Demgegenüber darf unter Hinweis auf die früheren Meldungen wiederholt werden, daß man gerade in der Botschaft daraus gar kein Hehl macht, daß Graf Schuwaloff nur noch zurückkehren wird, um sich bei Hofe zu verabschieden. Ueber einen eventuellen Nachfolger ist noch immer etwas Zuverlässiges nicht bekannt. Ob Graf Muravjeff, der erste Botschaftsrath, wirklich dazu in Aussicht genommen wurde oder nicht, darüber kirkuliren hier die widersprechendsten Gerüchte. Jedenfalls wird seine letzte Urlaubsreise, für welche die gesellschaftliche Einführung seiner Tochter als Vorwand herhielt, nach wie vor damit in Verbindung gebracht. Seine Ernennung würde hier jedenfalls in jeder Beziehung angenehm berühren.

Die in der Branntweinsteuerkommission vom Abg. Dr. Barth verlangte Nachweisung, wie sich die sog. Liebesgabe auf die einzelnen Kategorien von Brennereien vertheile, ist gestern der Kommission vom Reichsschatzamt geliefert. Das Resultat dieser Nachweisung ist außerordentlich interessant. Danach beziehen — wenn man die materialsteuerpflichtigen Betriebe ganz ausnimmt — die Liebesgabe von 20 M. per Hektoliter 23133 Brennereien mit einem Jahreskontingent von zusammen 2,025,046 Hektolitern. Das entspricht also einem Geschenk aus den Taschen der Steuerzahler von genau M. 40,909,920 oder rund $40^1/_2$ M. jährlich. Dies Geschenk, das angeblich vorzugsweise für die kleinen Brenner geschaffen ist, vertheilt sich aber in einer bemerkenswerthen Weise. Während die 15471 kleinsten Brennereien (mit einem Kontingent bis 10 Hl.) insgesammt nur 370,160 M. erhalten, bezifffert sich der Antheil der 12 größten Brennereien an dem Geschenk auf mehr als $1^1/_2$ Mill. M. Auch die kleinste dieser 12 größten Brennereien kann ihren Antheil an der Liebesgabe auf 100,000 M. beziffern. Nimmt man an, daß die Brennereien mit einem Jahreskontingent bis zu 100 Hektolitern (Antheil an der Liebesgabe bis zu 2000 M. jährlich) noch zu den kleineren zu rechnen seien, so ergiebt sich für diese ganze Kategorie von zusammen 19257 Brennereien nur ein Antheil an der Liebesgabe von zusammen 3327,560 M., während auf die restirenden 3876 Brennereien mehr als 37 Mill. M. entfallen. Dies Kataster ist lehrreich. Herr Dr Barth hat bereits in der Kommission angekündigt, daß er seinen dort abgelehnten Antrag auf Beseitigung der Branntweinsteuerdifferenz im Plenum wiederholen werde. Die regierungsseitig gelieferte Statistik ist zur Unterstützung dieses Antrags von erheblichstem Werth.

Hr. Oppert v. Blowitz, der bekannte pariser Berichterstatter des „Times" will von angeblich maßgebender Seite erfahren haben, es wäre ein Irrthum, den vom Kaiser Wilhelm in Sachen des Paßzwanges gethanen Schritt einer ungenauen Kenntniß des Sachverhalts zuzuschreiben. Der Kaiser halte es für seine Pflicht, der persönlichen Haltung Deutschlands nicht den Anschein von Schwäche oder Erniedrigung zu geben. Der Kaiser habe erklärt, die Maßregel sei nur eine zeitweilige Brustwehr, hinter welcher er sicher den nicht fernen Tag erwarten könne, wo die wirkliche Meinung der französischen Nation urtheile über diese nutzlosen Aufreizungen, die eine ständige Gefahr für sie alle seien. Sobald diese Umwälzung offenkundig sei, werde der Kaiser die Paßschranken wieder fallen lassen.

* Die reichsländische Deputation zur Ueberreichung der Adresse an den Kaiser reist am Donnerstag nach Berlin ab. Dieselbe besteht aus dem Präsidenten Dr. Schlumberger, dem ersten Schriftführer Baron Charpentier und den Mitgliedern Dr. Petri. Ruhland und Baron Zorn v. Bulach.

---

* Aus Kopenhagen wird der „Nordd. A. Z." unterm 8. d. berichtet: Der außerordentliche Abgesandte des Kaisers, General Graf Wedel, war am Donnerstag zu der königlichen Tafel im Residenzpalast auf Amalienborg geladen, an welcher der Kronprinz und die Kronprinzessin, der Minister des Auswärtigen, die Mitglieder der hiesigen deutschen Gesandtschaft und die diensthuenden Damen und Kavaliere theilnahmen. Graf Wedel ist dann gestern in demselben Auftrage, in dem er den hiesigen Hof besucht hat, über Malmoe nach Stockholm gereist, wohin König Oskar gestern von Christiania zurückkehrte.

---

* Aus dem 19. hannoverschen Wahlkreis ist seitens des nationalliberalen Wahlcomite's an das Centralcomite nach Berlin berichtet worden, daß der Landtagsabgeordnete Schoof in der Vertrauensmänner-Versammlung zu Otterndorf am 5. d. berichtet habe, „mit Zustimmung des Centralcomite's in Berlin bezw. im Auftrage desselben den Fürsten v. Bismarck zum Reichstagskandidaten vorschlagen zu müssen." Das Centralcomite der nationalliberalen Partei hatte, wie heute die Nat.-Ztg. schreibt, dem Herrn Abg. Schoof in Bezug auf diese Kandidatur weder einen Auftrag noch eine Ermächtigung ertheilt!

* Nach der Freis. Ztg. beschäftigt die Reichstagskandidatur des Fürsten Bismarck die Regierungskreise in hohem Maße. Die Minister machen kein Hehl daraus, wie unbequem ihnen das Erscheinen des Fürsten Bismarck im Reichstage sein würde . . . Finanzminister Miquel hatte am Sonntag vormittag eine längere Konferenz mit dem Reichskanzler v. Caprivi. Die Konferenz soll sich auf die Stellung der Regierung gegenüber einer Reichstagskandidatur des Fürsten Bismarck bezogen haben.

---

* Der zum Oberbürgermeister in Breslau erwählte Bürgermeister Bender hat die königliche Bestätigung erhalten.

---

* In Bezug auf die Verhandlungen über die Schiffsbauten wird uns folgendes mitgetheilt: Die Marineverwaltung hat von vornherein sich mit dem Antrag Manteuffel, zwei Panzerkanonenboote zu bewilligen, einverstanden erklärt; sie hat nicht, wie anderweitig gemeldet wird, das Anerbieten gemacht, die eine der im vorigen Jahr bewilligten Kreuzerkorvetten fallen zu lassen, sondern dies wurde bei den Besprechungen während der Sonnabendsitzung gegenüber dem Anerbieten des Reichskanzlers, von den weiteren Raten der Panzerschiffe Abstriche zu machen, von einem Theil der Freisinnigen verlangt und von dem Abg. Windthorst in seiner Rede sofort als erwägungswerth bezeichnet. Gestern hat ein Theil der freisinnigen Mitglieder der Budgetkommission einen dahin gehenden Antrag formulirt und mehreren Mitgliedern der Kommission privatim mitgetheilt. Verhandelt wird darüber morgen in der Budgetkommission.

---

* Die Budgetkommission des Reichstages nahm gestern bei der Berathung des Etats des Reichsinvalidenfonds folgende beide Resolutionen des Abg. Richter einstimmig an: „Der Reichstag wolle beschließen: 1. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, inwieweit aus den Mitteln des Reichsinvalidenfonds für die Militärpersonen der Unterklassen, welche durch den Krieg invalide geworden sind, eine Erhöhung an Pensionszulagen oder eine Erhöhung der Entschädigung für Einbuße an der Erwerbsfähigkeit angezeigt erscheint. 2. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, inwieweit die Kriegsinvaliden aus der Zeit vor 1870/71 gleichzustellen sind." Ferner beantragte der Abg. v. Manteuffel, „der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, inwieweit die Unzulänglichkeiten zu beseitigen sind, die sich bei Anwendung der §§ 33, 102, 103 des Militär-Pensionsgesetzes vom 27./6. 71 und des § 15 der Gesetzesnovelle vom 4./4. 74 fühlbar gemacht haben." Es handelt sich dabei um das Ruhen der Pension in gewissen Fällen, um die Anrechnung der Pension auf das Civilgehalt usw. Von freisinniger Seite wurde die Fassung dieses Antrages als ungenügend beanstandet. Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit 9 gegen 7 Stimmen angenommen.

---

* Der Vorstand des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins hat unter Hinweis auf den namentlich für Oberschlesien stark hervortretenden Wagenmangel eine Petition zum neuen Sekundärbahn-Gesetzentwurf beim preußischen Abgeordnetenhause eingereicht, in welcher darum ersucht wird, daß nicht, wie vorgeschlagen, die Mittel zur Neubeschaffung von nur 550 Lokomotiven und 6500 Gepäck- und Güterwagen bereit zu stellen sind, sondern daß, wenn irgend möglich, bis zum 1. April 1893: 2500 Lokomotiven und 51,000 Gepäck- und Güterwagen zu je 10 Tonnen oder 34,000 solcher Wagen zu je 15 Tonnen neu beschaffen werden, sowie ferner, daß vom Etatsjahr 1893/94 ab alljährlich, der regulären Verkehrssteigerung der Vergangenheit entsprechend, der jeweilig am letztvorhergegangenen Jahresabschluß vorhandene Fuhrpark um soviel Prozente verstärkt werde, als die seit 1878/79 stattgehabte Durchschnittszunahme des Verkehrs dies verlangt. Bezüglich der Erweiterung der Bahnhöfe, sowie bezüglich der besseren Nutzbarmachung und des Ausbaues der Ab- und Zufuhrstrecken ersucht der Vorstand des genannten Vereins mit möglichster Beschleunigung, unter Hinzuziehung der oberschlesischen Industriellen, eine Enquête darüber zu veranstalten, was alles geschehen muß, um nicht nur der in den letzten Jahren stattgehabten Verkehrssteigerung, sondern der auch weiterhin zu erwartenden gerecht zu werden und in welcher Reihenfolge dies geschehen soll. — Acht Tage vor Absendung der vorstehend gekennzeichneten Petition an das Abgeordnetenhaus hatte sich der Vorstand des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins an den Präsidenten des preußischen Staatsministeriums, Herrn v. Caprivi, mit einer Eingabe gewandt, worin die Ursache des oberschlesischen Wagenmangels eingehend dargelegt und die aus dem letzteren für die Arbeiter nicht minder wie für die Arbeitgeber entspringenden Schädigungen betont werden. In dieser Eingabe ersucht der Vorstand des Staatsministerium, daß es diejenigen Maßnahmen anordnen wolle, welche zur baldigsten, völligen und dauernden Beseitigung des nun schon seit über 3 Jahren in Oberschlesien immer wiederkehrenden Wagenmangel-Nothstandes erforderlich sind, daß aber, wenn über die Art und den Umfang der zu treffenden Maßnahmen Zweifel obwalten sollten, unter Hinzuziehung der betheiligten Industrie- und Handelskreise eine Enquête über die Ursachen jenes Nothstandes veranstaltet werden möchte, da aus deren Resultat am besten die gesuchten Maßnahmen sich ergeben würden. Diese Eingabe ist der Petition an das Abgeordnetenhaus als Anlage beigegeben.

---

* Generallieutenant Stockmarr, Direktor des Militär-Oekonomie-Departements im Kriegsministerium, ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs und Verleihung des Kronen-Ordens erster Klasse mit Pension zur Disposition gestellt, und der Generalmajor v. Funck, bisher von der Armee und kommandirt zur Vertretung des Direktors des Militär-Oekonomie-Departements im Kriegs-Ministerium, zum Direktor dieses Departements ernannt worden.

---

* Der „Reichsanz." veröffentlicht die Ernennung des Unterstaatssekretärs Barkhausen zum Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenraths unter Beilegung des Charakters „Wirklicher Geheimer Rath" mit dem Prädikat Excellenz. — Dem bisherigen Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenraths, Hermes, ist der Rothe Adlerorden erster Klasse mit Eichenlaub verliehen worden.

---

* Der Domkapitular Meyer zu Paderborn ist zum Kapitularvikar für die Diözese Paderborn gewählt, nachdem Generalvikar Dr Schulte aus Gesundheitsrücksichten dieses Amt abgelehnt hat.

---

* Das Feuerwerkslaboratorium in Spandau hat 500 Personen, 370 Arbeitern und 130 Arbeiterinnen, gekündigt.

---

* **München**, 10. März. Anläßlich seines heutigen Geburtsfestes verlieh der Prinzregent von Baiern zahlreiche Orden, so den St. Hubertus-Orden dem Präsidenten des Reichsraths Grafen zu Törring-Jettenbach, dem Obersthofmeister Grafen zu Castell-Castell und dem Ministerpräsidenten Frhrn. v. Crailsheim, das Großkreuz des Militärverdienst-Ordens dem Kriegsminister v. Safferling, dem Stadtkommandanten Birthymann, dem Generallieutenant und Kommandirenden General des 2. Armeecorps v. Parseval, sowie dem Generaladjutanten v. Muck.

* **Straßburg i. Els.**, 10. März. Der Landesausschuß lehnte heute entsprechend dem Antrage der Kommission, die für den Bau der normalspurigen Eisenbahn Mommenheim-Saarallen-Saargemünd geforderte erste Rate von 848,827 M. Landesbeitrag ab. Der Reichstag hatte in seiner Sitzung vom 5. d. die erste Rate der Baukosten bewilligt. Der Landesausschuß wolle, wie der Bericht der Kommission besagt, den Bau der Strecke nicht prinzipiell ablehnen, halte auch den geforderten Landeszuschuß mit 45,000 M. für den km für angemessen. Angesichts aber der vielen eingegangenen Petitionen und sonst laut gewordenen Wünsche nach Aenderung der geplanten Richtung werde die Regierung gebeten, die Angelegenheit nochmals wohlwollend zu prüfen. Die Ablehnung erfolgte mit großer Mehrheit, obwohl Unterstaatssekretär v. Köller wärmstens für die Bewilligung eintrat. Die zweite Lesung des Etats wurde sodann geschlossen. Der Etat balancirt in Einnahmen und Ausgaben mit beinahe 50 Millionen. — Der Statthalter Fürst Hohenlohe ist heute nach München abgereist, um der Feier des Geburtstages des Prinzregenten beizuwohnen.

* **Braunschweig**, 10. März. Die Welfenpartei hat wiederum Geldmittel zu Parteizwecken aufgebracht; es soll nunmehr das eingegangene hiesige Welfenorgan „Brunonia" vom 1. April ab wieder erscheinen.

* **Berlin**, 10. März. S. M. Kreuzerfregatte „Leipzig" mit dem Geschwader-Chef Konitre-Admiral Valois an Bord beabsichtigt am 16. März von Mirsbal nach Amoy in See zu gehen. S. M. Kreuzerkorvette „Alexandrine," Kommandant Korvettenkapitän v. Franzius, ist heute in Swatow eingetroffen und beabsichtigt am 14. März nach Foochow in See zu gehen.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

85. Sitzung am 10. März, 2 Uhr.

Das Haus beschließt dem Antrage der Geschäftsordnungskommission gemäß, die beantragte Genehmigung zur Einleitung des Strafverfahrens gegen den Abg. Metzger (Soz.) während der Dauer der gegenwärtigen Sitzungsperiode nicht zu ertheilen, und beräth sodann in zweiter Lesung die Strafgesetznovelle betr. Schädigung der Post- und Telegraphenverwaltung und Anlagen (Straßenstimmungen wegen nochmaliger Benutzung entwertheter Post- und Telegraphenzeichen und wegen Störung von Telegraphenanlagen).

Abg. Gröber (Centr.) hält ein dringendes Bedürfniß für die Vorlage nicht nachgewiesen. Denn wenn auch die Handlungen unter Strafe gestellt werden sollen, bei denen eine Hinderung oder Erschwerung des Betriebes zwar nicht herbeigeführt sei, aber doch hätte herbeigeführt werden können, so kämen solche Fälle doch nur sehr selten vor, da immerhin nur die unmittelbaren Schädigungen bestraft werden könnten.

Abg. Klemm (k.) tritt für die Vorlage ein. Für Bestrafung solcher fahrlässiger Vergehen liege ein Bedürfniß immer vor. Man dürfe einen Unterschied zwischen diesen und den anderen fahrlässigen Vergehen nicht machen.

Die Vorlage wird hierauf nach dem Kommissionsantrage angenommen.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfes betr. die kaiserliche Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika.

Abg. v. Kendell (Ntp.) weist darauf hin, daß die Verhandlungen mit England, welches seine ursprünglichen Forderungen infolge des unbeugsamen Festhaltens Deutschlands an den seinigen hätte sollen lassen, dießmal bewiesen hätten, daß England auf unsere Freundschaft mindestens denselben Werth lege, wie wir auf die Freundschaft mit England.

Abg. Dr. Bamberger (dfs.) giebt die Erklärung ab, daß die freisinnige Partei in Konsequenz ihrer früheren Abstimmungen über die Ausdehnung der Kolonialpolitik auch gegen die Einzelheiten dieser Vorlage stimmen würde.

Darauf werden die einzelnen Paragraphen des Gesetzes ohne Debatte angenommen.

Es folgen Wahlprüfungen.

Die Beschlußfassung über die Giltigkeit der Wahl des Abg. Schier (8. Kassel) beantragt die Kommission auszusetzen und den

---

schon damals bitter gerächt, wie wir hier später sehen werden — und wie viele meiner Leser, die damals mit dabei waren, mir bezeugen müssen. Wie oft haben wir damals die starke energische Faust Vogel v. Falkensteins herbeigewünscht — und gar den alten Blücher, der vor 56 Jahren, am letzten März, auch als Sieger in Paris einzog und sich und seinen tapferen Soldaten von den Parisern herrliche Siegesfeste geben — und „die Brücken von Jena" anbohren und laden ließ, um diese steinerne Schmach Deutschlands in die Luft zu sprengen.

Ja, wie die alten und jungen Gamins, die uns am Triumphbogen wieder mit Pfeifen und Johlen und ihrem unvermeidlichen „A bas les Prussiens!" empfingen, hohnlachten und sich in den schnotterigsten Witzen ergossen: als die stolzen Sieger fein geduldig um das Siegesthor herumzogen, da sie nicht hindurch gehen konnten.

„A—h! Voilà Biesmarc! A bas Biesmarc! A la lanterne Bismarc! Diable! Peste!" Große Aufregung unter den Blousenmännern und Weiberhyänen und Gamins . . .

Wahrhaftig, es ist unser großer Bismarck, den die Franzosen so bitter hassen, um den sie uns aber noch bitterer beneiden, der da auf seinem schweren braunen Pferde die Avenue de la grande Armée herausgesprengt kommt, von seinem Vetter, dem jungen Dragonerlieutenant Grafen v. Bismarck-Bohlen, einigen Adjutanten des Kaisers und einer Ordonanz begleitet. Er trägt noch die Paradeuniform eines Generallieutenants der Kürassiere, den dunklen Rock mit dem schwefelgelben Kragen, den blanken Stahlhelm, die hohen Reiterstiefel — wie er die Parade in Longchamp im Gefolge des Kaisers mitgemacht hat. Ein siegesfrohes Lächeln umspielt den energischen Mund. Die großen blaugrauen Augen blitzen übermüthig über die verdutzten Pariser hin: Ja seht, da sind wir — endlich am Ziel — dennoch in Paris! Trotz eurer Dynamitbomben! . . . Und jetzt — plötzlich sprengt er auf einen Blousenmann zu, der am lautesten: „A bas Biesmarc! A la lanterne!" geschrien und ihn mit dem ingrimmigsten Gesicht angeschaut hat, als wolle er ihn sammt Kürassierhelm und Kanonenstiefeln lebendig hinabschlingen. . . . Wie? will der eiserne Kanzler diesen armen Kerl für seinen erhungerten patriotisme züchtigen und mit dem mächtigen Pallasch niederschlagen? Oder will er gar den Revolver ziehen, denn er greift in die Tasche . . . Nein, er hat nur seine Cigarrentasche hervorgezogen und aus derselben eine Cigarre genommen — und jetzt bittet er höflich — im elegantesten Französisch monsieur l'ennemi — — um ein wenig Feuer! — Der Blousenmann ist anfangs ganz niedergedonnert und sprachlos vor Erstaunen und Schreck — dann zieht er höflich seine Kappe und reicht dem verhaßtesten Feinde mit verbindlicher Verbeugung seine kurze Tompfeife zum Anzünden der Cigarre. Bismarck giebt die Pfeife mit schönstem Danke zurück — und sprengt weiter — um den Triumphbogen herum und auf der anderen Seite nach Versailles zurück. Nur mit Mühe hat er von seinem lieben, alten Kaiser die Erlaubniß zu diesem Reiterstückchen erhalten und dem Monarchen die Hand darauf geben müssen: sich in Paris nicht todtschießen zu lassen. — „Ich konnte der Versuchung nicht widerstehen, mit unseren braven Siegern wenigstens ein Stück in Paris hineinzureiten!" — erzählte Bismarck am Abend in Versailles. „Und ich konnte auch meine Leute — die Pariser. Mit höflicher Ueberrumpelung sind sie um den Finger zu wickeln. Man muß das nur verstehen!"

Und richtig — während dieser kleinen treu historischen Scene — war aller laute Haß und jede demonstrative Feindseligkeit der pariser Blousenmänner — Weiberhyänen und Gamins verstummt. Fast ehrerbietig standen sie da und schauten zu: wie der große — große Bismarck, der nur den einen Fehler hatte, kein Franzose zu sein, sich von dem armen kleinen Blousenmann höflich Feuer für seine Cigarre erbat . . .

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18910312016/fragment/page=0002

Reichskanzler um Ermittelung der in einem Protest behaupteten Beschwerden zu ersuchen. — Die Hauptbeschwerde richtet sich gegen die Agitation der Landräthe v. Oertzen und v. Riedesel zugunsten der Wahl des Kandidaten Sticher und gegen die Beschlagnahme von Flugblättern und Stimmzetteln für den sozialdemokratischen Gegenkandidaten.

Abg. Baumbach (Altenburg konf.) vertheidigt das Vorgehen der Behörden. Gegen die Sozialdemokratie müsse alle Macht aufgeboten werden.

Das Haus beschließt darauf dem Kommissionsantrage gemäß.

Es folgt die Prüfung über die Wahl des Abg. Evers (Ctr. 3. Minden.)

Ein konservativer Wahlprotest beschwert sich vornehmlich über amtliche Wahlbeeinflussungen des Landraths v. Ditfurth durch öffentliche Erlasse desselben zu Ungunsten des Kandidaten v. Hammerstein. In diesem Erlaß sei vom Landrath die Kandidatur v. Hammerstein mit Berufung auf den Kaiser bekämpft worden, dem die Wahl dieses Kandidaten nicht genehm sein solle.

Die Kommission beantragt, die Wahl für giltig zu erklären, während Abg. Rickert (dfr.) die Ungiltigkeit, Abg. Dohrn (dfr.) die Aussetzung der Beschlußfassung bis zur Ermittelung der in dem Protest erhobenen Beschwerden beantragt.

Abg. Rickert (dfr.) beleuchtet die vom Landrath v. Ditfurth ausgeübte Wahlbeeinflussung, die derselbe durch Erlasse im Kreisblatt unter den amtlichen Bekanntmachungen mit voller Titelbezeichnung „Königlicher Landrath" ausgeübt habe, und folgert aus diesem die Ungiltigkeit der Wahl. Herr v. Hammerstein habe auch im Abgeordnetenhause den Landrath beschuldigt, unrichtige Behauptungen aufgestellt zu haben, ohne daß eine Gegenerklärung erfolgt wäre. Auch Herr Windthorst habe im Abgeordnetenhause erklärt, daß es sich hier um eine amtliche Wahlbeeinflussung handele.

Abg. Gröber (Ctr.) erklärt, daß eine amtliche Beeinflussung an sich nicht entscheidend sein dürfe, sondern daß die Wirkung dieser Beeinflussung in Betracht gezogen werden müsse. Hier müsse berücksichtigt werden, daß der Erlaß nicht für den Gewählten, sondern nur gegen einen der Kandidaten sich ausgesprochen habe. Redner bestreitet, daß die Beeinflussung eine besonders große Einwirkung gehabt habe, nach der geschichtlichen Entwickelung gerade dieser Wahl könne eine solche Einwirkung nicht zugegeben werden. Der infolge der Kundgebungen des Kaisers eingetretene Zwiespalt unter den Konservativen hätte den Ausfall der Wahl von vornherein entschieden. Aus diesem Grunde erklärt sich Redner für den Antrag der Kommission.

Abg. Dohrn (dfr.) zieht seinen Antrag zurück und beantragt Zurückweisung der Prüfung an die Wahlprüfungskommission zur nochmaligen Berichterstattung und behufs Aufstellung eines genau formulirten Vorgehens gegen den Landrath.

Abg. Träger (dfr.) betont dagegen, daß das ziffernmäßige Resultat nicht entscheidend sein dürfe, am wenigsten hier, wo die Wahl mit einem gewissen politischen Makel behaftet sei. Die Erlasse des Landraths hätten eine Zersplitterung der Stimmen zur Folge gehabt. Wären die für den Herrn v. Ditfurth infolge dieser Zersplitterung abgegebenen Stimmen für Herrn von Hammerstein abgegeben worden, so wäre dieser mit Evers in die Stichwahl gekommen. Daß durch die Kundgebungen des Landraths in Form von Erlassen unter der Bezeichnung als „Königlicher Landrath" eine amtliche Wahlbeeinflussung stattgefunden habe, bezweifle gleichfalls niemand, ebenso wie die Heranziehung des kaiserlichen Namens unangemessen war, und daß damit eine Ueberschreitung der amtlichen Befugnisse stattgefunden hat. Ob die Kundgebung zu Gunsten des wirklich Gewählten oder zu Ungunsten eines anderen Kandidaten erfolgt sei, sei nicht maßgebend. Es komme auf die moralische Seite der Sache an.

Abg. v. Marquardsen (nl.) tritt für den Kommissionsantrag ein. In der Stichwahl sei Evers mit 5000 Stimmen Majorität gewählt worden, und diese große Mehrheit müsse ausschlaggebend sein.

Abg. Schrader (dfr.) hebt noch einmal den amtlichen Charakter der Beeinflussung hervor, welche unzweifelhaft eine bedenkliche Einwirkung auf den ganzen Wahlkreis gehabt habe.

Die Anträge Dohrn und Rickert werden abgelehnt, und die Wahl nach dem Vorschlage der Kommission für giltig erklärt.

Bei der Berathung über die Giltigkeit der Wahl des Abg. Grumbt (S. Sachsen), für welche die Kommission Aussetzung der Beschlußfassung und Erhebung über mehrere Protestpunkte vorschlägt, beantragt

Abg. Dr. Meynert (kons.) die Ermittelung nicht eintreten zu lassen über den Protestpunkt, nach welchem ein Waldarbeiter unter 25 Jahren gewählt habe. Die Abstimmung über diesen Antrag ergiebt bei 79 Stimmen für, 62 gegen denselben, die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr (Petitionen).

Schluß 5 Uhr.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Abgeordnetenhaus.

52. Sitzung vom 10. März, 10 Uhr.

Die zweite Berathung der Gewerbesteuervorlage wird fortgesetzt.

Zu § 6 (Eintheilung der Gewerbesteuerklassen) liegt ein Antrag Metzner vor, die unterste (4.) Stufe erst mit einem Ertrage von 2000 M. (Ertrag statt 1500 M. der Regierungsvorlage) beginnen zu lassen.

Abg. Metzner (Ctr.) hebt zur Begründung seines Antrages hervor, daß erst bei einer Heraufsetzung des Anfangsbetrages auf 2000 M. von einer Entlastung der kleinen Leute die Rede sein könne. Redner weist an einzelnen Beispielen die Nothwendigkeit der Festsetzung eines Betrages im Sinne seines Antrages nach. Der Ausfall an Einnahmen werde nicht so groß sein, daß dadurch die Grundlagen der Veranlagung erschüttert werden. Redner macht die Zustimmung zu dem Gesetze von der Annahme seines Antrages abhängig.

Geh. Rath Fusting betont das Wohlwollen der Regierung für die kleinen Handwerker, dem dieses Gesetz gerade entsprungen sei. Der Antrag Metzner würde aber einen Ausfall von mindestens 2—3 Millionen zur Folge haben. Einen solchen Ausfall könne der Etat nicht vertragen.

Abg. v. Tiedemann-Bomst (freik.) macht dasselbe Bedenken gegen den Antrag geltend. Der Ausfall würde schließlich nur durch eine höhere Besteuerung der größeren Gewerbe ausgeglichen werden können. Eine solche Erhöhung würde aber mit Recht auf Widerstand stoßen.

Abg. Dr Bachem (Ctr.) tritt dagegen für den Antrag Metzner ein. Die Gewerbesteuer sei eine Steuer, welche der Westen zugunsten des Ostens bezahle. Wenn man aber selbst diesen Standpunkt billige, so müsse doch dabei den individuellen Verhältnissen des Westens Rechnung getragen werden. Ein Einkommen von 2000 M. im Westen habe einen erheblich niedrigeren Werth, als ein solches von 1500 M. im Osten. Die Gewerbesteuer bedeute neben der Einkommensteuer eine Doppelbesteuerung, die von den Gewerbetreibenden im Westen darum um so drückender empfunden werde. Der Ausfall selbst von 3 Millionen M. könne nicht abschreckend wirken, wenn man die voraussichtlichen großen Ueberschüsse aus der neuen Einkommensteuer berücksichtige.

Abg. Eberhard (kons.) hält die Grenze von 1500 M. für angemessen, da schon danach ein Drittel der bisher Steuerpflichtigen steuerfrei sein werde. Wenn auch die Lebenshaltung im Westen theurer sei als im Osten, so könne man doch ein Einkommen von 1500 M. nicht als ein solches bezeichnen, bei welchem man auch im Westen Noth leide.

Finanzminister Dr. Miquel bedauert, daß von einem Gegensatz und einer Benachtheiligung des Ostens und Westens gesprochen worden sei. Jede Begrenzung werde dieselbe Ungleichheit zur Folge haben. Man dürfe doch nicht immer an die Rheinprovinz denken. Die im Osten der Monarchie liegende Stadt Berlin zahle an Gewerbesteuer ebensoviel, als die ganze Rheinprovinz. Man müsse nicht bloß an die reichen Industriegegenden, sondern auch an die armen Gebiete des Westens denken. Thatsächlich würde im Westen zum Theil ein größerer Prozentsatz an Erleichterungen geschaffen als im Osten. Die Annahme des Antrages Metzner würde den Fall der Vorlage zur Folge haben.

Abg. Brömel (dfr.) zieht gerade aus dem Beispiel der Stadt Berlin die Folgerung, daß eine Herabsetzung der Grenze nöthig ist, denn nach der Vorlage werden von den bisherigen Steuerpflichtigen in Berlin nur 5 Proz. steuerfrei sein, während der Prozentsatz in Breslau 29 Proz., in Krefeld 35 Proz. beträgt. Berlin sei also erheblich im Nachtheil. Der Ertrag, welcher der Gewerbesteuer zu Grunde liegt, stelle auch durchaus nicht das Reineinkommen dar, so daß ein Vergleich mit den Leuten, welche ein Reineinkommen von 1500 M. haben, nicht angebracht sei. Die Regierungsvorlage benachtheiligte die Städte gegenüber dem platten Lande, da in den Städten die Lasten an und für sich schon größere sind, und da andererseits auf dem Lande ein viel größerer Prozentsatz von Steuerbefreiungen eintreten wird als in den Städten.

Die Diskussion wird geschlossen und § 6 unter Ablehnung des Antrages Metzner nach der Regierungsvorlage angenommen ebenso § 7 (Steuerfreiheit der Betriebe bis zum Ertrage von 1500 M.)

§ 8 bestimmt, daß Betriebe, welche lediglich nach ihrem Anlagekapital zur Gewerbesteuer veranlagt sind, auf Antrag zu einem niedrigeren, ihrem wirklichen Ertrage entsprechenden Steuersatze eingeschätzt werden können, wenn dieser Ertrag nachweislich zwei Jahre lang die Höhe von 30,000 M. in Klasse I, 15,000 M. in Klasse II und 3000 M. in Klasse III nicht erreicht hat. Auf Konsumvereine und Gegenseitigkeitsversicherungsgesellschaften soll diese Bestimmung keine Anwendung finden.

Ein Antrag v. Zedlitz will die Gegenseitigkeitsversicherungsgesellschaften streichen.

Abg. Borch (f.) bittet um eine Erklärung darüber, ob es die Absicht sei, alle Betriebe mit über 3000 M. Anlage- oder Betriebskapital zur Steuer heranzuziehen. Die Freilassung der Betriebe mit unter 3000 M. Betriebs- oder Anlagekapital sei in diesem Falle ungerecht, denn eine Etablirung dieser kleinen Betriebe sei viel leichter als die größerer. Um die Inkongruenz zwischen der Behandlung dieser und der ein wenig größeren Betriebe zu beseitigen, beantragt er, die Betriebe über 3000 M. auf Antrag von der Steuer zu befreien, falls ihr Ertrag nachweislich zwei Jahre unter 1200 M. geblieben ist.

Generalsteuerdirektor Burghart erklärt sich gegen diesen Antrag, denn die Folgen dieser willkürlichen Festsetzung einer Grenze von 1200 M. seien nicht zu übersehen. Die Grenze von 3000 M. Anlage- oder Betriebskapital sei schon sehr hoch gegriffen.

Abg. Dr. Hammacher (nl.) hält den Antrag gleichfalls für unannehmbar, weil er die ganze Konstruktion des Gesetzes störe.

§ 8 wird darauf mit dem Antrage v. Zedlitz angenommen.

§ 9 setzt den Steuersatz für Klasse I auf durchschnittlich 1 Prozent fest.

Abg. vom Heede (nl.) hält diesen Steuersatz für die Großindustrie für sehr hoch, da diese durch Arbeiterschutz, Alters- und Invalidenversicherung und durch Konkurrenzverhältnisse schon genug gedrückt werde. Trotzdem müsse man aber den Blick aufs Ganze richten und nicht verkennen, daß so viele kleine Gewerbetreibende besser gestellt werden als bisher.

Abg. Brömel (dfr.) hält die Bedenken des Vorredners für gerechtfertigt, nachdem der in dem Einkommensteuergesetze für die höchsten Einkommen von der Regierung geforderte Steuersatz von 3 Proz. auf 4 Proz. erhöht worden ist. Eine zu hohe Besteuerung der Industrie vermindere ihre Konkurrenzfähigkeit.

Abg. v. Eynern (natl.) erklärt zwar den Satz von 1 Proz. für etwas hoch, meint aber, daß nach der bisherigen Belastung der Industrie dieses eine Prozent auch noch zu ertragen sein werde. Redner behält sich eine eingehende Erörterung dieser Frage zur dritten Lesung vor.

§ 9 wird darauf angenommen, ebenso §§ 10—13 (Veranlagung der Klassen II—IV).

§ 13 (Vereinigung der Klassen II—IV zu Steuergesellschaften) wird mit § 14 (Steuersätze) zusammen berathen.

Abg. Brömel (dfr.) hält das in diese Vorlage mit übernommene System der Mittelsätze für einen Verstoß gegen das Fundament einer gerechten Besteuerung. Es würden dadurch für die verschiedenen Theile der Monarchie Ungleichheiten herbeigeführt; denn der gleiche Betrag könne danach in der einen Steuergesellschaft mit 1 Proz., in der anderen mit ½ Proz. belastet werden. Eine bedenkliche Folge des Systems der Mittelsätze sei es auch, daß unter den angeführten Sätzen der Maximalsatz einer Klasse über den Minimalsatz der höheren Klasse hinausgehe. Wenn dieses System angenommen wird, hoffe er wenigstens, daß die Thorheit desselben durch die Weisheit der mit der Ausführung beauftragten praktischen Männer ausgeglichen werden müsse.

Generalsteuerdirektor Burghart vertheidigt das System der Mittelsätze. Wollte man dieses System nicht, so würde man bei der bisherigen Praxis stehen bleiben müssen, wonach für jeden Gewerbebetrieb besondere Steuersätze festgesetzt waren, ein Zustand, der aber besonders bedenklich erschienen und zu einer Reform veranlaßt habe. Das Gesetz sei allerdings nicht vollkommen, aber es schließe sich in seiner Grundlage der Einkommensteuervorlage an. Eine absolute Gleichheit werde sich nicht herbeiführen lassen; das Gesetz schaffe aber Gleichheit innerhalb eines Steuerbezirks.

§§ 13 und 14 werden darauf ohne Debatte angenommen, ebenso §§ 15—21.

§ 22 gestattet bei Ermittelung des Ertrages den Abzug der Betriebskosten und der Abschreibungen, welche einer angemessenen Berücksichtigung der Werthverminderung entsprechen. Nicht abzugsfähig sollen dagegen die Zinsen für das Anlage- und Betriebskapital sowie die Geschäftsschulden sein.

Ein Antrag Brömel will dagegen den Abzug dieser Zinsen gestatten.

Abg. Schreiber (freik.) erklärt sich gegen den Antrag Brömel; denn dieser würde es ermöglichen, daß ein Fabrikant eine größere Summe aus seinem Betriebe herausziehe, um sie anderweitig vortheilhaft anzulegen, und in Höhe dieser Summe Schulden auf seinen Betrieb kontrahire, ohne dafür Gewerbesteuer bezahlen zu brauchen.

Abg. Brömel hält seinen Antrag schon aus dem Grunde für gerechtfertigt, weil dadurch der reine Arbeitsertrag besser behandelt wird als der Ertrag aus Kapitalarbeit. Es sei ungehenerlich, von jemand für seine Schulden Steuern zu verlangen; bei der Einkommensteuer sei man auch zu einer solchen Konsequenz nicht gekommen. Eine solche Bestimmung wäre für viele eine Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Zustand.

Abg. Dr. Hammacher (natl.) erklärt sich gegen den Antrag, da die Gewerbesteuer eine Realsteuer sei. Der Antrag beabsichtigte die Verwandlung der Gewerbesteuer in eine Einkommensteuer. In dem Rahmen der jetzigen Steuerreform könne man aber eine solche Verwandlung nicht vornehmen.

Geh. Rath Dr. Jungk glaubt, daß die Praxis die Bedenken, welche dem Antrag Brömel zugrunde liegen, beseitigen werde.

Abg. v. Eynern (nl.) meint, daß der Antrag demoralisirend wirken werde, da dann meist mit geborgtem Kapital werde gearbeitet werden.

Die Diskussion wird geschlossen und § 22 unter Ablehnung des Antrages Brömel in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso §§ 23—25.

Zu § 26, welcher bestimmt, daß der Steuerausschuß berechtigt ist, Sachverständige zu vernehmen, nöthigenfalls auch zu beeidigen, oder deren eidliche Vernehmung zu veranlassen, beantragt Abg. Brandenburg, die Befugniß, die Beeidigung selbst vorzunehmen, zu streichen.

Abg. Brandenburg (Ctr.) befürwortet seinen Antrag unter Hinweis auf den entsprechenden Beschluß bei der Einkommensteuer.

Die Abgg. Dr. Bachem (Ctr.) und Eberhard (kons.) treten dagegen für die Kommissionsfassung ein im Interesse einer schnelleren und billigeren Erledigung der Geschäfte.

§ 26 wird darauf unter Ablehnung des Antrages Brandenburg nach der Kommissionsfassung angenommen; ebenso §§ 27—29 (Nachweisungen vor dem Steuerausschuß).

§ 30 bestimmt, daß gegen die Veranlagungsbeschlüsse des Steuerausschusses der Klasse I dem Vorsitzenden die Berufung an den Finanzminister zusteht.

Ein Antrag v. Tiedemann verlangt die Berufung an die Bezirksregierung.

Ein Antrag Robert-Tornow will die Berufung an den Finanzminister nur innerhalb einer zehntägigen Frist nach der Veranlagung zulassen.

Abg. v. Rauchhaupt (kons.) befürwortet den Antrag Robert-Tornow. Der Antrag Tiedemann würde den Erfolg haben, daß der Finanzminister unter das Oberverwaltungsgericht gestellt würde.

Generalsteuerdirektor Burghart bittet um Annahme der Regierungsvorlage. Die Stellung des Finanzministers dürfe nicht herabgesetzt werden, wie dies der Antrag v. Tiedemann thue.

Auf Antrag v. Tiedemann wird die Berathung der §§ 36 u. 37 mit § 30 verbunden.

§ 35 gestattet Berufung gegen die Veranlagung an den Steuerausschuß binnen 4 Wochen.

§ 36 bestimmt, daß gegen die Entscheidung des Steuerausschusses der Einspruch für Klasse I an den Finanzminister, für Klasse II bis IV an die Bezirksregierung zusteht.

Ein Antrag v. Tiedemann verlangt die Berufung auch für Klasse I an die Bezirksregierung.

§ 37 bestimmt, daß gegen die Entscheidung über die Berufung dem Steuerpflichtigen die Beschwerde an den Steuergerichtshof zusteht.

Zwei Anträge v. Tiedemann und Robert-Tornow verlangen die Berufung an das Oberverwaltungsgericht.

Nach unerheblicher Debatte werden die §§ 30, 36, 37 gemäß dem Antrage v. Tiedemann angenommen, ebenso § 38 (Vertheilung des Steuersatzes auf mehrere Kommunalbezirke) mit einem Antrage v. Tiedemann, welcher lediglich eine Konsequenz der zu § 37 gefaßten Beschlüsse ist. — Ohne Debatte werden angenommen die §§ 31—35, 39—58.

Auf Antrag Bachem vertagt sich das Haus mit Rücksicht auf einen von vielen Seiten ausgesprochenen Wunsch auf Mittwoch 10 Uhr.

Schluß gegen 2 Uhr.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Bei den bisherigen Reichsrathswahlen, mit deren Ergebnisse sich unser heutiger Leitartikel näher befaßt, verloren die Deutschliberalen 9 Mandate und gewannen 7, die Deutschnationalen verloren 4 und gewannen 2, die Antisemiten verloren 3 und gewannen 7. Die Katholisch-Konservativen gewannen 2 und verloren 1, die Deutsch-konservativen gewannen 1, die wiener Demokraten verloren 2 Mandate und sind daher ohne Vertretung.

Am Dienstag wurden bei den Wahlen im niederösterreichischen Großgrundbesitze sieben Deutschliberale und ein Mitglied des Coronimklub gewählt. Die konservativen Kandidaten blieben mit etwa 30 Stimmen in der Minorität. — Die Wahl in Trient am Montag fiel auf den nationalliberalen Italiener Ciani. — Der Großgrundbesitz in Kärnthen wählte den bisherigen Abg. Moro (Deutschliberal).

An den Bischofskonferenzen, welche gestern in Wien begannen, betheiligt sich auch der Fürstbischof von Breslau, Dr Kopp.

Das ungarische Oberhaus nahm gestern den Gesetzentwurf betr. die Sonntagsruhe mit der Abänderung an, daß die Sonntagsruhe jedenfalls bis Montag früh 6 Uhr dauern soll. Ferner wurde das Gesetz betr. die Krankenunterstützung der Arbeiter, das Gesetz betr. das Durchzugsrecht bosnisch-hercegowinischer Truppen durch Ungarn und schließlich das Gesetz betr. die Ausdehnung der Versorgung von Offiziers-Wittwen und -Waisen auf die Landwehr und den Landsturm angenommen.

Das ungarische Abgeordnetenhaus hat die Vorlage betr. die Beschaffung von 350,000 Repetirgewehren für die Honvedtruppen gestern angenommen.

Schweiz. Der Bundesrath verbot gestern bis auf weiteres wegen Zunahme der Maul- und Klauenseuche die Einfuhr von Stieren, Kühen, Rindern, Jungvieh, Schweinen unter 25 kg Gewicht und Ziegen. Ochsen, Schlachtkälber, Schweine über 25 kg und Schafe dürfen nur eingeführt werden, wenn sie zur baldigen Abschlachtung bestimmt und gänzlich unverdächtig sind.

Eine in Genf erschienene Broschüre erregt großes Aufsehen. Der Verfasser, Bürgermeister von Anneniasse, klagt die Regierung öffentlich an, sie habe den Vertrag von 1830 verletzt, als sie einen Bezirk in Hoch-Savoyen an Frankreich abtrat. Der Verfasser sagt, indem dieser Theil für französisch erklärt wurde, sei das Todesurtheil über Hoch-Savoyen und dessen Neutralität gesprochen worden.

Italien. Aus Rom schreibt man uns: Wie Livraghi in seiner Denkschrift zugiebt, hätte die ihm unterstellte Polizei in Massauah 800 Eingeborene heimlich umgebracht. Der letzte Theil der Denkschrift enthält geradezu haarsträubende Einzelnheiten. Ganze Schaaren solcher Unglücklichen wurden bei Nacht und Nebel niedergemetzelt, um dadurch unbequeme Zeugen zu beseitigen. Wenn die Gefangenen verwirrten, in Freiheit gesetzt zu werden, wurden sie nach Anbruch der Dunkelheit in die Ebene geführt, um nie wieder zum Vorschein zu kommen! Meistens blieben die Leichen unbestattet und dienten dann den Hyänen zum Fraß. Livraghi gesteht ein, daß viele hohe Personen diese Mordpolitik billigten. Leider wagt der „Secolo" die Namen der Mitschuldigen nicht abzudrucken. Es ist jedoch bereits bekannt, daß mehrere hohe Offiziere im Verdacht stehen, bei den Verbrechen mitgewirkt zu haben. Schon werden Namen laut. Inzwischen tritt immer mehr die Besorgniß zu Tage, daß der unerhörte Skandal von oben herab vertuscht werden könne. Die unabhängige Presse

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Prima Damen-Plaids, reine Wolle, extra gross, in den apartesten Farbenstellungen, jetzt Mk. 1,90. **J. Lewin,** Halle, Saale.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18910312016/fragment/page=0003

Seidene Blonden in schwarz für Kleidergarnituren bis Rockbreiten.

Ph. Liebenthal & Co.
Untere Leipzigerstrasse 103.

Markt 24.

Julius Valentin

Halle a. S.

Geschäftshaus für Damenmoden.

Kleiderstoff-Neuheiten

bevorzugt **englische Geschmacksrichtung** (carreau, rayé, noppé etc.)

Reinwollene couleurte Kleiderstoffe

in allen nur denkbaren Webarten und den neuesten Farben der Saison, Mtr. v. 75 Pfg., 80 Pfg., 1,00 bis 2,25 Mark.

Beachtenswerth!

Hallesche Concurrenz-Gesellschaft

Größtes Spezial-Geschäft für fertige Herren- und Knaben-Bekleidung in Halle a. S.

in den großen Räumen

Leipzigerstr. 5 eine Treppe hoch Leipzigerstr. 5.

Machen hiermit die ergebene Anzeige, daß **sämmtliche**

Neuheiten für die Frühjahrs- u. Sommer-Saison

eingetroffen sind und das Lager auf das Reichhaltigste assortirt ist.

Durch Lieferung **nur guter, reeller Waaren** haben wir uns das Vertrauen einer großen Kundschaft erworben und soll es auch fernerhin unser Bestreben sein, das uns geschenkte Vertrauen zu erhalten und unsern Kundenkreis zu erweitern durch **streng feste Preise, solide und wirklich billige Bedienung.**

Preis-Verzeichniss.

Buckskin-Anzüge	von	10—18	Mk.	an
Saison-Anzüge in allen Modefarben	„	12—30	„	„
Facon-Anzüge, das Neueste der Saison	„	15—24	„	„
Hochelegante Anzüge in engl. und franz. Stoffen	„	18—28	„	„
Gehrock-Anzüge, feinste Kammgarne	„	22—36	„	„
Frühjahrs-Paletots, neueste Dessins	„	9—17	„	„
Nouveautés-Paletots, hochfeine Ausführung	„	12—25	„	„
Havelocks, feinste englische Stoffe	„	16—28	„	„
Schwualoffs, in allen Modefarben	„	14—25	„	„
Buckskin-Jackets in allen Facons	„	5—10	„	„
Buckskin-Hosen, Wadenschnitt, elegant sitzend	„	2½—6	„	„
Buckskin-Hosen und Westen, neueste Dessins	„	7—12	„	„
Konfirmanden-Anzüge in Kammgarn und Diagonal	„	12—20	„	„
Konfirmanden-Anzüge in Buckskin, Tuch und Satin	„	10—24	„	„
Jünglings-Anzüge, neueste Dessins	„	7—12	„	„
Jünglings-Paletots, Nouveautés	„	8—14	„	„
Buckskin-Knaben-Anzüge für jedes Alter, in Plüsse-, Blouse- und Jacket-Facons	„	3—7	„	„
Trikot-Anzüge, uni und gestreifte Dessins	„	4—8	„	„
Knaben-Paletots in großer Auswahl	„	4—9	„	„
Arbeits-Anzüge, engl. Leder, Cassinet und Zwirn	„	5—8	„	„
Prima Hamburger Lederhosen in allen Farben	„	4—8	„	„
Gute Arbeitshosen	„	1¼	„	„
Seidene und Piqué-Westen	„	2½—7	„	„

Flicklappen werden gratis verabfolgt.

Grundprinzip der Concurrenz-Gesellschaft:

1) Wegen Ersparung theurer Ladenmiethe außergewöhnlich billige Preise.
2) Größte Auswahl, neueste Mode, in allen Größen und Weiten.
3) Durch Leitung bewährter Zuschneider alle Facons und schöner Schnitt.
4) Großer Umsatz mit dem kleinsten Nutzen.

Einzel-Verkauf zu wirklichen Fabrik-Preisen.

Bei der Neuorganisation haben wir strenge Reellität uns zur besonderen Aufgabe gemacht und um das geehrte Publikum vor Uebervortheilung zu wahren, ist auf jedem Stück Waare der billigste Verkaufspreis in deutlich erkennbaren **rothen Zahlen** und **Druckschrift** verzeichnet, und kann ein Abzug, in welcher Form derselbe auch verlangt werden sollte, nicht stattfinden.

Hallesche Concurrenz-Gesellschaft

5 Leipz. Str. 5, eine Treppe hoch 5 Leipz. Str. 5.

Auch Sonntags geöffnet.

Wir bitten genau auf Firma und Hausnummer zu achten.

Barometer

mit vorzüglich ausgekochten, vollständig luftleeren Röhren, sowie alle Sorten Metall-Barometer empfiehlt

Otto Unbekannt,
Kleinschmieden quervor, neben der Forelle.

Werkstatt für mathematische, physikal. und optische Instrumente.

Christian Glaser,

Halle a S.,
Gr. Klausstr. 24 u. Kl. Klausstr. 9,
empfiehlt billigst unter Garantie

Weiße und altdeutsche Kachelöfen und **Kamine** jeder Stylart und Ausführung.
Desgleichen **Küchenöfen** und **Bade-Einrichtungen.**

Großes Schaulager.

Reparaturen an berl. Kachelöfen, sowie das Umsetzen derselben lasse ich unter **sachkundiger Leitung meines Töpfermeisters** prompt u. billig ausführen.

Fabrik vulk. Kautschukstempel
gr. Schlamm 4.
Alfred Plautsch, Halle a/S.

Halt!! Mützen!!

Für **1 Mark** kauft man die schönsten, dauerhaften, selbstgearbeiteten

Herren- und Knaben-Mützen.

Allein-Verkauf nur bei
H. Baumann, Geisstraße 73,
an der Promenade.
Kein Laden, darum so billig.

Wiederverkäufer bedeutenden Rabatt.

Pianos, Harmoniums zu Fabrikpreisen, Theilz., 15jähr. Garantie. Frco.-Probesendung bewilligt. Preisliste und Zeugnisse stehen zu Diensten. **Pianofabrik Georg Hoffmann,** Kommandantenstr. 20. **Berlin SW. 19.**

Paul Maseberg, Uhrmacher,

Gr. Ulrichstraße 46,
empfiehlt als

Confirmations-Geschenk

vorzüglich passend:

Gold. Damenuhren	30—150	ℳ
Silberne „	18—30	„
Metall- „	14—24	„
Silb. Herrenuhren	18—100	„
Metall- „	8—30	„

Große Auswahl in **Uhrketten, Colliers, Ringen, Ohrringen, Broschen.**

Auf jede von mir gekaufte Uhr leiste ich 2 Jahre reelle Garantie.

Reparaturen

an Uhren **aller Arten** werden in meiner Werkstatt prompt, schnell und billig ausgeführt und leiste ich auf jede derselben **1 Jahr Garantie.**

Hochachtungsvoll **Paul Maseberg,** Uhrmacher.

Confirmanden-Hüte,

Handschuhe und Cravatten
empfiehlt

Christian Voigt,
Halle a/S., Schmeerstraße 33/34.

Ende März

verlegen wir unser **Leinen- und Wäsche-Geschäft** nach

Obere Leipzigerstraße 52a.

und stellen bis dahin einen großen Theil unseres Waarenlagers zu ermäßigten Preisen zum Ausverkauf.

Taschentücher mit kleinen Webefehlern, soweit am Lager, bedeutend ermäßigt;
Handtücher, Tischtücher und **Servietten, Bettbezüge, Betttücher**
zu erheblich billigerem Preise.

Ein großer Posten **Gardinen** und **Bettdecken** sehr billig.

A. J. Jacobowitz & Co.,
Augustastraße 12. Ende März: Obere Leipzigerstr. 52a.

Privat- und Nachhilfeunterricht ertheilt ein Gymnasiallehrer. Auskunft in der Exp. d. Ztg.

Bettfedern, fertige Betten, Matratzen, Bettstellen, Inlette zum Füllen

empfiehlt **H. C. Weddy-Poenicke, Leipzigerstraße 7.**

Permanente Ausstellung von ca. 40 fertigen Betten in allen Preislagen!

Für den Inseratentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18910312016/fragment/page=0004